

Hausieren mit Uhren und Eigentumsvorbehalt

Die Uhrenfabrik S., G. m. b. H. in Sindelf, läßt im Rahmen des Gewerbetriebes im Umherziehen Bestellungen auf Waren aufsuchen und Waren feilbieten. Durch eine bestimmte Klausel in ihren Auftragscheinen behält sie sich bei Abschluß von Teilzahlungskaufverträgen das Eigentum an den verkauften Sachen bis zur völligen Bezahlung des Kaufpreises vor. Eine solche Vereinbarung bei Teilzahlungsgeschäften verstößt gegen § 56 a Ziff. 4 GewO. und ist nach § 148 Ziff. 7 a GewO. strafbar.

Der Reichsinnungsverband hatte deshalb gegen den Geschäftsführer der Firma dem Oberstaatsanwalt beim Landgericht Strafanzeige wegen vorgenannten Verstoßes erstattet. Durch Verfügung vom 5. November 1936 stellte der Oberstaatsanwalt das Verfahren ein und führte zur Begründung folgendes an:

„Der Beschuldigte gibt zu, sich in seinen Auftragscheinen das Eigentum an den verkauften Waren bis zur völligen Bezahlung vorzubehalten. In dieser Abmachung ist jedoch eine Zuwiderhandlung gegen § 56 a Ziff. 4 GewO. nicht zu erblicken, da diese Vorschrift lediglich die Vereinbarung eines Rücktrittsrechtes des Verkäufers wegen Nichterfüllung der dem Erwerber obliegenden Verpflichtungen untersagt. Eigentumsvorbehalt und Rücktrittsrecht unterscheiden sich aber wesentlich voneinander. Auch die Abrede, daß die ganze Restschuld auf einmal fällig wird, wenn der Käufer mit zwei aufeinanderfolgenden Zahlungen ganz oder teilweise im Rückstande bleibt, fällt nicht unter § 56 a Ziff. 4 GewO.“

Gegen die Verfügung legte der Reichsinnungsverband Beschwerde ein mit folgender Begründung:

„Der Ansicht, daß der Eigentumsvorbehalt keine Vereinbarung eines Rücktrittsrechtes des Verkäufers wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen enthalte, wie die Verfügung des Oberstaatsanwalts besagt, ist nicht beizutreten. Wenn sich der Verkäufer bei Teilzahlungs-Kaufverträgen das Eigentum an den verkauften Sachen vorbehält, so kann dies nichts anderes bedeuten, als daß er für den Fall, daß der Kaufpreis nicht vereinbarungsgemäß bezahlt wird, die verkaufte Sache zurück erhalten will.“

Die Parteien wollen, daß in diesem Fall der Kaufvertrag rückgängig gemacht werden kann. Dementsprechend schreibt auch § 455 BGB. vor, daß bei Kaufverträgen unter Eigentumsvorbehalt im Zweifel anzunehmen ist, daß der Verkäufer zum Rücktritt vom Verträge berechtigt ist, wenn der Käufer mit der Zahlung in Verzug kommt.“

Der Oberstaatsanwalt hat daraufhin Anklage erhoben und das Amtsgericht hat auf 20 RM Geldstrafe, hilfsweise vier Tage Haft, erkannt.

Die angegriffene Verfügung des Oberstaatsanwalts war unverständlich. Sie konnte nur unter Verkennung der Bestimmung des § 455 BGB. ergehen. § 455 BGB. ist aber nur eine Auslegungsregel und nur „im Zweifel“ ist anzunehmen, daß der Verkäufer bei Vereinbarung des Eigentumsvorbehalts bis zur Zahlung des Kaufpreises zum Rücktritt vom Verträge berechtigt ist, wenn der Käufer mit der Zahlung in Verzug kommt. Es bleibt also den Parteien unbenommen, den Rücktritt vom Verträge auszuschließen.

Wie ist es nun, wenn der Verkäufer auf den Bestellschein den Text aufgenommen hat: „Ein Vorbehalt, welcher gegen § 56 a Ziff. 4 GewO. verstößt, wird nicht bezweckt“?

Dann kann § 455 BGB. keine Anwendung finden, weil daraus ein abweichender Wille „ohne Zweifel“ zu entnehmen ist. Hier hilft das Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte, worauf auch § 56 a Ziff. 4 GewO. ausdrücklich verweist. Für den Verkauf gegen Teilzahlungen bestimmt § 5 dieses Gesetzes, daß es als Ausübung des Rücktrittsrechtes gilt, wenn der Verkäufer auf Grund des ihm vorbehaltenen Eigentums die verkaufte Sache wieder an sich genommen hat. § 5 dieses Gesetzes ändert also die in § 455 BGB. aufgestellte Regel ab. Während für den gewöhnlichen Kauf im Sinne des § 455 BGB. nur im Zweifel anzunehmen ist, daß der Verkäufer auch zum Rücktritt vom Verträge berechtigt ist, wenn der Käufer mit der Zahlung in Verzug kommt, wird durch § 5 des Abzahlungsgesetzes für das Abzahlungsgeschäft zum Ausdruck gebracht, daß mit der Abrede des Eigentumsvorbehalts zugleich eine Abrede über ein bedingtes Rücktrittsrecht des Verkäufers kraft Gesetzes als stillschweigend getroffen gilt.

Diese Rechtsvermutung kann nicht dadurch beseitigt werden, daß der Verkäufer erklärt, ein Vorbehalt, der gegen § 56 a Ziff. 4 GewO. verstöße, werde nicht bezweckt. Der Verkauf von Uhren gegen Teilzahlungen unter Eigentumsvorbehalt ist also im Hausierhandel auch dann unzulässig, wenn in den Bestellschein eine derartige Erklärung aufgenommen ist. (I/1429)

Die Großmann-Plakette

Fotos: Privat

verlieh der Reichsinnungsmeister Hans Flügel

in Anerkennung ihrer hervorragenden Verdienste in der Lehrlingsausbildung an



Gewerbeoberlehrer W. Brauns (Berlin)



Uhrmachermeister Kortenhaus (Mettmann)



Uhrmachermeister und Fachlehrer W. Maeckert (Berlin)